

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern

Datum der Zweitveröffentlichung: 25.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592235

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern. In: Demokratie und Partizipation : Festschrift für Max Kaase. Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hg). Wiesbaden : Westdt. Verl., 2000. S. 46-64. DOI: 10.1007/978-3-322-90238-2_4.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern

Ursula Hoffmann-Lange

1. Einleitung

In der politischen Meinungsforschung hat sich das formale Bildungsniveau als einer der wichtigsten Prädiktoren für politisches Interesse und politisches Engagement erwiesen. Hieraus wurde vielfach die Erwartung abgeleitet, die Bildungsexpansion werde zu einer Zunahme im Niveau des politischen Engagements der Bürger führen. Dies ging bis hin zur Prognose einer *partizipatorischen Revolution*, die im Gefolge der politischen Mobilisierungswelle, die in der Studentenbewegung der sechziger Jahre ihren Ausgang nahm und sich später mit den *Neuen Sozialen Bewegungen* der siebziger und achtziger Jahre fortsetzte, entwickelt wurde (Kaase 1984). Diese politische Mobilisierung ging nicht nur mit einer Zunahme des politischen Interesses der jüngeren Generation einher, sondern auch mit der Herausbildung und Popularisierung neuer politischer Partizipationsformen jenseits der etablierten intermediären Organisationen. Sie erreichte ihren Höhepunkt um die Mitte der achtziger Jahre.

Bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und noch mehr in den neunziger Jahren ist die politische Mobilisierungswelle allerdings deutlich abgeflaut. Da die Bildungsexpansion in dieser Zeit jedoch kontinuierlich weiterging, hat dies die Validität der Annahme eines linearen Effekts des zunehmenden Bildungsniveaus auf das politische Interesse und die politische Partizipation in Frage gestellt. Bereits seit Beginn der achtziger Jahre wird dieses Phänomen der Stagnation, wenn nicht sogar des Rückgangs im politischen Engagement der jüngeren Generation unter dem Schlagwort der *Politikverdrossenheit* diskutiert. Politikverdrossenheit, so die vielfach vertretene These, resultiere vor allem aus dem Versagen der Politik(er), die politischen Probleme einer immer komplexer werdenden Welt, v.a. Umweltprobleme, steigende Arbeitslosigkeit, die Folgen des Zusammenbruchs der DDR (bzw. im weiteren Sinne des Ostblocks) und der Vereinigung Deutschlands sowie ganz generell die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Diese Unfähigkeit der Politiker wiederum wird der Verkrustung politischer Strukturen und fehlgeleiteten politischen Rekrutierungsmustern angelastet, die nach Dafürhalten der Kritiker politisches Engagement zwecklos erscheinen lassen.

Diese These ist im vorliegenden Zusammenhang vor allem deshalb bedeutungsvoll, weil sie beansprucht, das Paradox zu erklären, warum trotz gestiegenen Bildungsniveaus das politische Engagement der heutigen jungen Generation nicht im erwarteten Maße zugenommen hat. Tatsächlich wird teilweise explizit argumentiert, das Missvergnügen über die etablierte Politik sei gerade bei den Hochgebildeten besonders groß und indiziere eine aktive Verweigerungshaltung gegenüber der Poli-

tik. Dies erkläre auch, dass die Wahlbeteiligung bei den Jungwählern überproportional gesunken sei (Feist 1994).

Diese Vermutung mag zwar auf den ersten Blick plausibel erscheinen, sie hält jedoch einer empirischen Überprüfung nicht stand. Zwar gibt es den postulierten Typus des politisch interessierten, der etablierten Politik aber kritisch gegenüberstehenden *politischen Skeptikers* durchaus, dieser Typus findet sich jedoch unter den jungen und hochgebildeten Bürgern nicht häufiger als in den übrigen Altersgruppen (Hoffmann-Lange 1999: 378). Zudem zeichnen sich die Angehörigen dieser Gruppe nicht durch besondere politische Abstinenz aus. Denn die politische Partizipationsbereitschaft hängt in erster Linie vom Ausmaß der kognitiven politischen Mobilisierung und nicht von einer positiven Einschätzung der Responsivität der Politik(er) ab (Hoffmann-Lange 1998: 197).

Während die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen im Hinblick auf die Politikverdrossenheit nicht besonders groß sind, werden politisches Interesse und politisches Engagement sehr stark durch das individuelle Bildungsniveau beeinflusst. Kaase (1989a) konstatierte bereits vor einem Jahrzehnt unter Bezugnahme auf die Längsschnittdaten des Instituts für Demoskopie, dass der Anstieg des politischen Interesses bei den Jüngeren hinter dem der Gesamtbevölkerung zurückgeblieben ist, wenn man das wesentlich höhere Bildungsniveau der jüngeren Kohorten in Betracht zieht. Dies impliziert, dass sich der Zusammenhang zwischen dem formalen Bildungsniveau und dem politischen Interesse bzw. Engagement über die Zeit vermindert haben muss. Allerdings gründete Kaase diese Schlussfolgerung lediglich auf die veröffentlichten aggregierten Zeitreihen, ohne dass er dieser Entwicklung im Detail nachgehen konnte.

Diese Entwicklung wirft die Frage nach den Ursachen für die Abnahme der Erklärungskraft des formalen Bildungsniveaus für das politische Engagement im Zuge der Bildungsexpansion auf. Wie bereits ausgeführt, ist die Erklärung durch Veränderungen im Bereich der Politik selbst unbefriedigend. Stattdessen sollte die Erklärung eher in veränderten Dispositionen der Wählerschaft gesucht werden. Die rückläufige Bindekraft der traditionellen soziopolitischen Milieus trägt hierzu zweifellos bei. Sie vermag aber bestenfalls die rückläufigen Mitgliederzahlen in den traditionellen Organisationen und den empirisch beobachtbaren Rückgang der Parteiidentifikation, nicht aber die unterproportionale Zunahme des politischen Interesses bei den Jüngeren zu erklären.

In einer neueren Studie haben Nie, Junn und Stehlik-Barry (1996) eine neue, überaus plausible Theorie über den Einfluss formaler Bildung auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten entwickelt, die zur Beantwortung der aufgeworfenen Frage beitragen kann. Die Autoren argumentieren, dass es hierzu notwendig ist, analytisch zwei Komponenten politischer Orientierungen zu unterscheiden, nämlich das Verständnis für demokratische Prinzipien (*political enlightenment*) einerseits und politisches Engagement andererseits. Die Entwicklung dieser beiden Komponenten unterliegt nach ihrem Dafürhalten unterschiedlichen Logiken. Das Verständnis für demokratische Prinzipien ist in erster Linie kognitiver

Natur und hängt damit unmittelbar vom formalen Bildungsniveau ab. Es nimmt dementsprechend mit steigendem Bildungsniveau der Bevölkerung zu, und zwar nicht nur linear, sondern überproportional, da von einem politisch aufgeklärten sozialen Umfeld ein zusätzlicher Sozialisationseffekt ausgeht. Demgegenüber hängt die Bereitschaft zum politischen Engagement nach Nie et al. in erster Linie von den Chancen ab, die der Einzelne hat, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Diese sind jedoch statusabhängig und stellen damit eine Ressource dar, die prinzipiell nicht beliebig vermehrbar, also relativer Natur ist. Durch die Bildungsexpansion wird daher die Bedeutung formal höherer Bildungsabschlüsse für die politischen Einflusschancen des Einzelnen tendenziell entwertet, ähnlich wie dies für Erlangung von Führungspositionen gilt.

Nie et al. testeten ihre theoretischen Annahmen mit Hilfe der Ergebnisse verschiedener Umfragen, v.a. der 1990 durchgeführten *Citizen Participation Study*. Als unabhängige Variablen verwendeten sie neben dem formalen Bildungsniveau einerseits einen Index kognitiver Fähigkeiten (*verbal proficiency*), andererseits verschiedene Statusfaktoren, nämlich Berufsstatus, Einkommen und Zentralität in sozialen Netzwerken. Es zeigte sich, dass das Verständnis für demokratische Prinzipien in erster Linie vom Bildungsniveau und den kognitiven Fähigkeiten abhängt, die wiederum selbst hoch miteinander korrelieren. Kenntnis der Namen von Politikern sowie anspruchsvollere und zeitaufwendigere politische Partizipationsformen (Wahlkampfaktivitäten, Mitgliedschaft in politischen Gremien, Kontakte mit Politikern) werden dagegen in erster Linie durch soziale Statusfaktoren beeinflusst. Für zwei weitere abhängige Variablen, nämlich die Beschäftigung mit politischen Fragen (*political attentiveness*)¹ und die Wahlbeteiligung, erwiesen sich Bildungsniveau und Statusfaktoren als gleichermaßen bedeutsam (Nie et al. 1996: 39ff.).

Seit Beginn der siebziger Jahre hat in den USA das Verständnis für demokratische Prinzipien im Gefolge der Bildungsexpansion deutlich zugenommen, während das politische Engagement gleich geblieben ist bzw. sogar leicht abgenommen hat (Nie et al. 1996: 125ff.). Die zweite Entwicklung steht dabei in Widerspruch zur Annahme eines absoluten Bildungseffekts (*absolute education model*). Nie et al. weisen nach, dass ein Erklärungsmodell, in dem nur der Effekt des individuellen Bildungsniveaus berücksichtigt wird, diesen im ersten Fall überschätzt und im zweiten Fall unterschätzt. Denn die Zunahme des Verständnisses für demokratische Prinzipien ist nicht allein eine lineare Funktion des gestiegenen Bildungsniveaus, sondern resultiert teilweise auch daraus, dass das gesellschaftliche Umfeld insgesamt demokratischer und toleranter geworden ist, was wiederum zu einer überproportionalen Zunahme entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung führte.

Andererseits bleibt Bildung aber nach wie vor ein zentraler Faktor bei der Zuteilung von sozialem und politischem Status². Und da sozialer Status eine der wichtigsten Determinanten politischer Partizipation ist, hängt die politische Partizipationsbereitschaft auf der individuellen Ebene nach wie vor sehr eng mit dem Bildungsniveau zusammen, auch wenn die Bildungsexpansion höhere Bildungsabschlüsse tendenziell entwertet und daher nicht die erwartete lineare Zunahme politischer

Partizipation mit sich gebracht hat. Im Hinblick auf diese Variable übt das gesamtgesellschaftliche Bildungsniveau einen signifikanten zusätzlichen Einfluss aus.

Die Theorie von Nie et al. ist von erheblicher Relevanz für die politische Partizipations- und Kulturforschung, da sie das scheinbare Paradox erklären kann, warum das steigende Bildungsniveau der Bevölkerung nicht zu einer parallelen Zunahme beim politischen Interesse und anspruchsvolleren Partizipationsformen geführt hat. Im Folgenden sollen einige Annahmen dieser Theorie anhand von Umfragedaten für die alten Bundesländer auf ihre Gültigkeit im deutschen Kontext überprüft werden. Mittels einer Kohortenanalyse wird dabei untersucht, ob und in welchem Ausmaß sich die Bedeutung eines höheren formalen Bildungsniveaus für politisches Interesse und politisches Engagement über die Zeit verändert hat. Hierzu werden einmal die ALLBUS-Befragungen herangezogen, die es für eine der abhängigen Variablen, nämlich für das politische Interesse, erlauben, die Entwicklung in verschiedenen Kohorten und verschiedenen Bildungsgruppen seit 1980 zu verfolgen. Ferner werden die Ergebnisse der Studie „*Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland*“ von Falter et al. verwendet, die 1994 und 1998 mit fast identischem Fragenprogramm durchgeführt wurde. Dies erlaubt es, die beiden Befragungszeitpunkte zu poolen, wodurch die zur Verfügung stehende Fallzahl erheblich größer und daher für kohortenspezifische Analysen besser geeignet ist³. Damit lässt sich zumindest im Querschnitt der Zusammenhang zwischen Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau einerseits sowie politischem Informationsverhalten und politischen Beteiligungsbereitschaften andererseits analysieren.

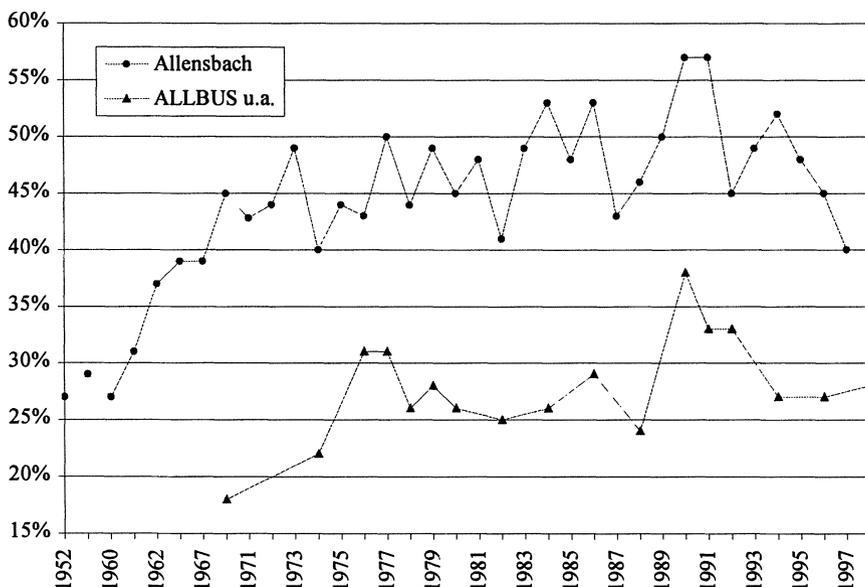
Die Analyse beschränkt sich auf die alten Bundesländer, da nur hier entsprechende Zeitreihendaten vorliegen. Außerdem liegen in den neuen Bundesländern aufgrund des politischen Umbruchs besondere Bedingungen vor, die die Auswirkungen der Bildungsexpansion auf das politische Engagement überlagern, so dass sich die theoretischen Annahmen dort nur eingeschränkt überprüfen lassen dürften.

2. Die Entwicklung des politischen Interesses seit 1980

Die Frage nach dem Interesse an politischen Fragen ist ein ebenso einfacher wie aussagekräftiger Indikator für die subjektive Bedeutung, die dem Lebensbereich Politik zugeschrieben wird. Diese Frage wird in den alten Bundesländern seit den fünfziger Jahren routinemäßig erhoben und die verfügbaren Daten erlauben daher Trendaussagen über einen längeren Zeitraum. Allerdings variieren die genaue Frageformulierung wie auch die Antwortvorgaben zwischen verschiedenen Studien. In den meisten politischen Meinungsumfragen und im ALLBUS wird das politische Interesse seit 1969 mittels einer fünfstufigen Skala erhoben, die von „überhaupt nicht“ bis „sehr stark“ reicht. Das Institut für Demoskopie in Allensbach verwendet demgegenüber eine Frage mit nur drei Antwortkategorien (ja, nicht besonders, nein). Dies schränkt die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ein.

Das politische Interesse weist sehr ausgeprägte Fluktuationen über die Zeit und von Studie zu Studie aus (vgl. Abbildung 1). Selbst bei im selben Jahr durchgeführten Studien mit vergleichbarer Frageformulierung und identischen Antwortvorgaben lassen sich teilweise beträchtliche Differenzen in den Anteilswerten konstatieren. Dies deutet darauf hin, dass bei dieser Frage ausgeprägte Periodeneffekte wirksam sind, die neben dem Effekt des Bildungsniveaus in Betracht gezogen werden müssen. Kurzfristige Fluktuationen werden vor allem durch Wahlzyklen und außergewöhnliche Ereignisse wie den Umbruch in der DDR und die deutsche Vereinigung hervorgerufen. Daneben ist jedoch auch die Möglichkeit zyklischer Schwankungen in Betracht zu ziehen (Hirschman 1982).

Abbildung 1: Die Entwicklung des politischen Interesses in den alten Bundesländern (Allensbach: ‚ja‘; sonst. Umfragen: ‚stark‘ und ‚sehr stark‘)



Quelle: Allensbacher Jahrbücher der Demoskopie 1958-1997; Wahlstudie 1969; Political Action 1974; ZUMA-Umfragen 1976-1979, ALLBUS 1980 - 1998

Die Zeitreihen des Instituts für Demoskopie gehen bis zum Beginn der fünfziger Jahre zurück und erlauben daher die Feststellung eines langfristigen Trends. Sie zeigen einen starken und fast linearen Anstieg des politischen Interesses in der Gesamtbevölkerung der alten Bundesrepublik von 1952 bis etwa Mitte der siebziger Jahre. Ab diesem Zeitpunkt ergaben sich ausgeprägte kurzfristige Fluktuationen, bei nur noch geringfügigem Anstieg. Ende der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre führte dann der politische Umbruch nochmals zu einem steilen Anstieg der Werte, dem ein ebenso starker Rückgang folgte. In den neunziger Jahren gingen die Werte

dann von fast 60 Prozent in den Jahren 1990/91 auf nur noch 40 Prozent im März 1997 zurück (Noelle-Neumann/Köcher 1997: 783f.).

Dagegen wurde in keiner der im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung zur Verfügung stehenden politischen Umfragen vor 1969 direkt nach dem politischen Interesse gefragt. Die seit 1969 üblicherweise verwendete fünfstufige Skala erbringt zudem selbst bei Zusammenfassung der beiden höchsten Skalenwerte (sehr starkes bzw. starkes Interesse) deutlich niedrigere Anteilswerte als die Allensbacher Frage. Auch diese Datenreihe indiziert einen ansteigenden Trend, der allerdings aufgrund des späteren Beginns weniger ausgeprägt ist. Beide Zeitreihen stimmen zudem dahingehend überein, dass der Umbruch in Ostdeutschland und die deutsche Vereinigung einen enormen politischen Mobilisierungseffekt hatten, der danach aber ebenso schnell wieder verpuffte (Abbildung 1).

Im Allgemeinen bleibt das Interesse an politischen Fragen bei jüngeren Menschen hinter dem der Älteren zurück. Dies hat zunächst primär lebenszyklische Ursachen, da politisches Interesse erst im Verlauf eines längeren politischen Sozialisationsprozesses erlernt wird. Außerdem stehen für junge Leute in der Regel andere Dinge im Zentrum ihres Interesses, nämlich Ausbildung, Beruf, Freundeskreis und Partnerschaft, so dass die meisten von ihnen der Politik eine geringere Bedeutung beimessen als die Erwachsenen. Für die Umfragen des Instituts für Demoskopie zeigt sich dementsprechend, dass die Anteilswerte für die jüngste Altersgruppe mit wenigen Ausnahmen geringfügig unter denen der Gesamtbevölkerung liegen (Noelle-Neumann/Piel 1983: 339, Noelle-Neumann/Köcher 1997: 785). In den Studien, die der zweiten Zeitreihe zugrunde liegen, lag das politische Interesse jüngerer Befragter in den siebziger Jahren dagegen durchweg über dem der älteren Befragten. Ohne zeitgleiche weitere Umfragen ist natürlich nicht entscheidbar, welche der beiden Zeitreihen der Realität näher kommt. Auf jeden Fall gibt es aber in beiden Zeitreihen Umfragen, in denen das Interesse der jüngeren Altersgruppen das der älteren übertrifft, so dass die Annahme eines zu allen Zeiten gültigen Lebenszykluseffekts nicht korrekt ist. Offensichtlich können Situationen eintreten, die eine so starke politische Mobilisierungswirkung haben, dass der normale Lebenszykluseffekt durch sie außer Kraft gesetzt wird. Bei der Analyse der Auswirkungen der Bildungsexpansion muss dementsprechend davon ausgegangen werden, dass diese durch Lebenszyklus- und Periodeneffekte überlagert werden.

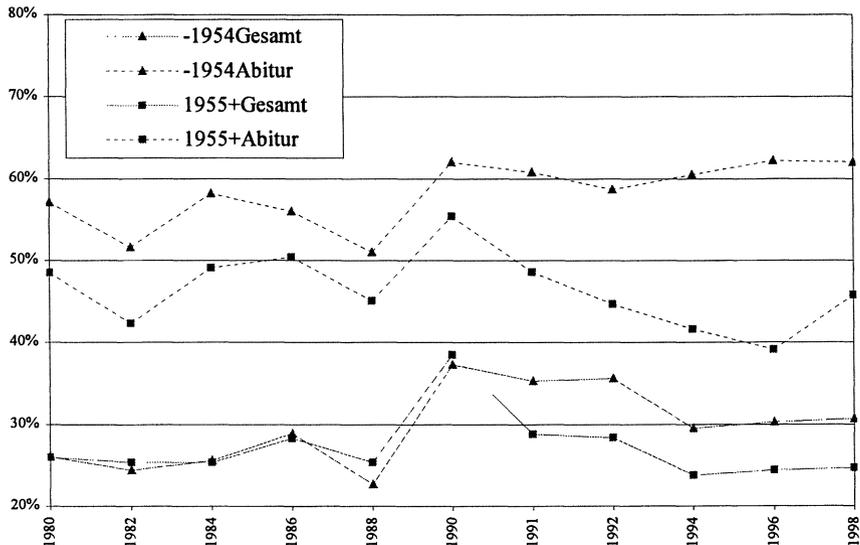
Anhand der kumulierten ALLBUS-Daten lässt sich zunächst das Ausmaß der Bildungsexpansion anhand des Bildungsniveaus der verschiedenen Geburtsjahrgänge bestimmen. Tabelle 1 zeigt, dass der Anteil der Befragten mit (Fach-)Abitur bereits bei den ersten Nachkriegsjahrgängen anzusteigen begann und ab der Kohorte der 1950 bis 1954 Geborenen die 30-Prozentmarke übersteigt. Nimmt man das Geburtsjahr 1955 als Basis für eine Dichotomisierung nach Jahrgängen, die vor bzw. nach Beginn der Bildungsexpansion geboren sind, so gibt die Entwicklung des politischen Interesses in diesen beiden Kohorten einen ersten Anhaltspunkt dafür, ob die Auswirkung des formalen Bildungsniveaus auf das politische Interesse im Zeitverlauf geringer geworden ist.

Tabelle 1: Die Entwicklung des Bildungsniveaus in den verschiedenen Geburtskohorten (Zeilenprozent)

Geburtsjahr	Hauptschule	Mittlere Reife	(Fach-)Abitur	Fallzahl
-1919	74.7	16.6	8.7	3790
1920-1929	72.0	15.5	12.6	4082
1930-1939	68.5	18.9	12.6	4509
1940-1949	56.6	26.0	17.4	4902
1950-1954	49.8	26.3	23.9	2615
1955-1959	40.0	28.5	31.5	2694
1960-1964	34.7	32.8	32.5	2786
1965-1969	29.8	34.9	35.4	1801
1970+	29.9	37.1	33.0	883

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980-1998.

Abbildung 2: Entwicklung des politischen Interesses in verschiedenen Kohorten (% sehr starkes und starkes politisches Interesse)



Quelle: ALLBUS 1980-1998

Abbildung 2 bestätigt die Annahme von Nie et al., dass die Zunahme des allgemeinen Bildungsniveaus mit einer relativen Entwertung höherer Bildungsabschlüsse für das politische Interesse einhergeht. Für die Gesamtgruppe der Befragten zeigt sich bis Ende der achtziger Jahre ein fast ebener Verlauf mit nur minimalen Unterschieden zwischen den beiden Kohorten. Nach 1990 sank das politische Interesse in der jüngeren Kohorte dann jedoch stärker ab als bei den älteren Befragten und liegt seitdem – trotz des wesentlich höheren Bildungsniveaus dieser Kohorte – etwa fünf Prozent niedriger. Dies spricht dafür, dass die relative Bedeutung höherer Bildungsabschlüsse mit Fortgang der Bildungsexpansion zunehmend weiter gesunken ist.

Bei den Befragten mit (Fach-)Abitur weisen die Angehörigen der jüngeren Kohorte ein durchweg niedrigeres politisches Interesse auf, wobei die Differenz zwischen den beiden Kohorten mit dem Hinzutreten der nach 1970 Geborenen in den neunziger Jahren auf über zehn Prozent ansteigt. Gleichzeitig ist erneut zu erkennen, dass die politische Mobilisierung 1989/90 alle Gruppen gleichermaßen erfasste, was darauf hindeutet, dass das politische Interesse auch einem starken Periodeneffekt unterliegt.

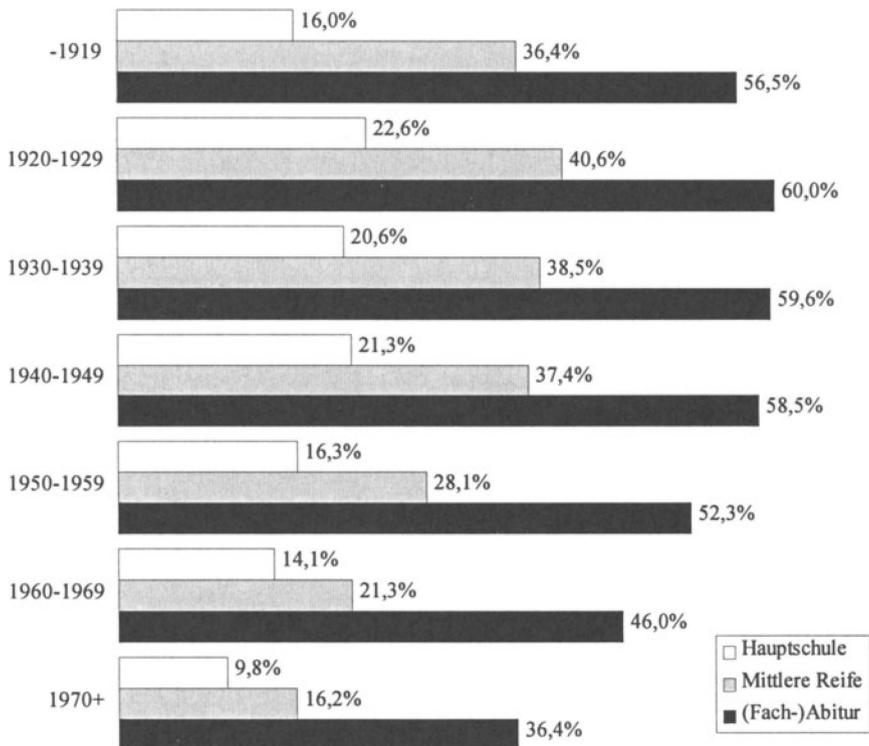
Abbildung 3 gibt Aufschluss über die Auswirkung des Bildungsniveaus auf das politische Interesse. Hierfür wurde eine differenziertere Kohorteneinteilung verwendet. Im Interesse ausreichender Fallzahlen für die Untergruppen wurden dabei alle ALLBUS-Studien zusammengefasst. Die Graphik offenbart, dass das politische Interesse in den drei jüngsten Kohorten deutlich niedriger liegt als in den älteren. Dieser Rückgang betrifft zwar alle drei Bildungsgruppen, ist jedoch in der höchsten Bildungsgruppe am ausgeprägtesten. Dies bestätigt erneut, dass die Auswirkung der Bildungsexpansion offensichtlich durch einen *ceiling effect* konterkariert wird, d.h. mit zunehmender Bildungsexpansion nimmt die relative Bedeutung höherer Bildung für das politische Interesse ab. Die Prozentsatzdifferenz zwischen der untersten und der obersten Bildungsgruppe, die in der ältesten Generation noch 40% beträgt, ist in der jüngsten auf 27% gesunken.

Ferner lässt sich auch eine Einebnung der Unterschiede zwischen der untersten und der mittleren Bildungsgruppe konstatieren. In der ältesten Kohorte liegt die Differenz zwischen diesen beiden Bildungsgruppen bei 20%, in der jüngsten aber beträgt sie nur noch knapp über 6%. Dies deutet darauf hin, dass auch die Mittlere Reife durch die Bildungsexpansion und die Verlängerung der Pflichtschulzeit für Hauptschüler entwertet wurde und dass sich diese beiden Abschlüsse mehr und mehr angeglichen haben. Alle diese Differenzen sind übrigens bemerkenswert konstant über die Zeit.

Allerdings stellt der Rückgang des politischen Interesses in der jüngeren Generation eine Entwicklung dar, die zumindest teilweise unabhängig von der Bildungsexpansion ist. Denn die Erwartung einer relativen Abnahme der Bedeutung höherer Bildungsabschlüsse impliziert lediglich Konstanz im Aggregat. Diese Annahme kann zwar die Angleichung zwischen den Bildungsgruppen erklären, nicht aber, dass das politische Interesse in allen Bildungsgruppen abgenommen hat. Zumindest

ein Teil des Rückgangs im politischen Interesse muss daher durch andere Ursachen bedingt sein.

Abbildung 3: Der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und politischem Interesse in verschiedenen Kohorten (% sehr starkes und starkes politisches Interesse)



Quelle: ALLBUS 1980-1998

3. Wahlnorm und Wahlbeteiligung

Wahlen sind in Demokratien der zentrale Zuteilungsmechanismus für politische Herrschaft. Zudem ist die Beteiligung an Wahlen, da sie mit relativ geringen Kosten verbunden ist, für die meisten Bürger die einzige Form der Einflussnahme auf den politischen Willensbildungsprozess. Eine hohe Wahlbeteiligung sichert daher ein hohes Maß an politischer Gleichheit (Kaase 1981). Im internationalen Vergleich weist Deutschland traditionell eine relativ hohe Wahlbeteiligung auf. Allerdings ist diese in den letzten zwanzig Jahren tendenziell etwas zurückgegangen, wobei dieser Rückgang bislang zwar bei Bundestagswahlen noch nicht sehr stark gewesen ist,

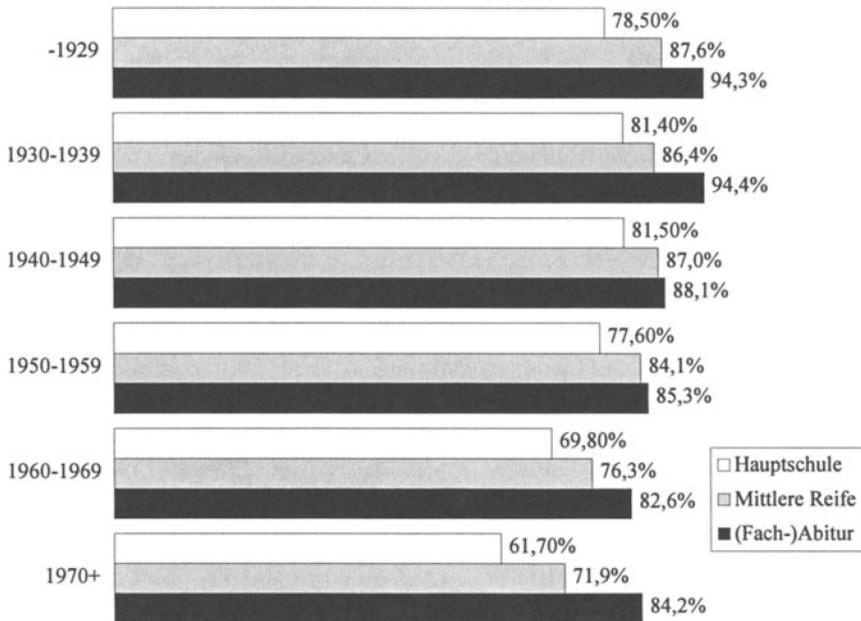
wohl aber bei Wahlen zweiter Ordnung, d.h. bei Landtags- und Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Daher soll im Folgenden geprüft werden, welche Zusammenhänge die Wahlnorm, die Wahlbereitschaft und die Wahlbeteiligung mit dem Bildungsniveau und der Kohortenzugehörigkeit aufweisen.

Durch die repräsentative Wahlstatistik sind wir zumindest bis Anfang der neunziger Jahre relativ gut über die tatsächliche Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen informiert. Danach lag bis in die achtziger Jahre hinein die Wahlbeteiligung der Jungwähler an Bundestags- und Landtagswahlen – und hier insbesondere der sog. *Zweitwähler*, d.h. der 21-25-Jährigen – um einen in etwa konstanten Faktor von etwas über 10 Prozent unter der Wahlbeteiligung der Gesamtwählerschaft (Hofmann-Göttig 1984: 61f.). Stellt man das höhere Bildungsniveau der Jungwähler in Rechnung, so entspricht die konstante Wahlbeteiligung dem Modell der relativen Relevanz von Bildung. In den Jahren danach fiel allerdings die Wahlbeteiligung bei den Jungwählern überproportional ab und die Differenz zur Gesamtwählerschaft nahm zu. Die Wahlbeteiligung in dieser Gruppe sank bei Landtags- und Europawahlen teilweise auf unter 50% und gleichzeitig stieg die Differenz zwischen den Jungwählern und der Gruppe der älteren Erwachsenen auf über 30% an (Hofmann-Göttig 1996: 22).

Für die Analyse des Einflusses von Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit auf die subjektive Bedeutung von Wahlen muss auf Umfrageergebnisse zurückgegriffen werden. Die Studie von Falter et al. enthält hierfür drei Indikatoren: eine Frage nach der Zustimmung zu der Aussage, dass Wählen eine Bürgerpflicht ist, eine Frage nach der Absicht, sich an der bevorstehenden Bundestagswahl zu beteiligen⁴ und eine Recall-Frage nach der Teilnahme an der letzten Bundestagswahl.

In Abbildung 4 ist zunächst der Anteil derjenigen Befragten ausgewiesen, die die erste Frage zustimmend beantworteten, aufgeschlüsselt nach Kohortenzugehörigkeit und formalem Bildungsniveau⁵. Dabei zeigt sich, dass die Wahlnorm in Westdeutschland eine sehr breite Unterstützung genießt und die Unterschiede zwischen den Kohorten nicht sehr groß sind. Dennoch ist diese Norm aber in den beiden jüngsten Kohorten signifikant schwächer verankert. Der Anteilswert in der jüngsten Kohorte liegt immerhin 7,5% unter dem der ältesten, während die entsprechende Differenz beim politischen Interesse lediglich 5,1% beträgt⁶. Außerdem unterschätzt eine rein kohortenspezifische Betrachtungsweise auch bei diesem Indikator die tatsächlich zwischen den Kohorten bestehenden Unterschiede, da sie die gravierenden Unterschiede im Bildungsniveau der verschiedenen Kohorten ignoriert. Denn bei Berücksichtigung des Bildungsniveaus sind die Unterschiede erheblich größer. Sie betragen in der niedrigsten und der mittleren Bildungsgruppe fast 17% und in der höchsten immerhin noch 10%. Anders als beim politischen Interesse, ist der Effekt des Bildungsniveaus in den jüngeren Kohorten aber nicht geringer als in den älteren. In der jüngsten Kohorte ist er sogar mit 22,5% am größten.

Abbildung 4: Befürwortung der Wahlnorm nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau



Quelle: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1994-1998

Wie die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen, können die Antworten auf die Frage nach der Wahlbeteiligungsabsicht und auf die Rückerinnerungsfrage nach der Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl nicht als valide Information über die tatsächliche Wahlbeteiligung betrachtet werden, da sie in hohem Maße dem Effekt sozialer Erwünschtheit unterliegen und daher weit überhöht sind. Dies lässt sich schon daran ablesen, dass die Anteilswerte für beide Fragen nicht nur weit höher sind als die tatsächliche Wahlbeteiligung bei den drei letzten Bundestagswahlen (1990: 76,8% Wahlgebiet West; 1994: 80,5% Wahlgebiet West; 1998: 82,2% gesamtes Wahlgebiet), sondern paradoxerweise sogar höher als die Befürwortung der Wahlnorm. Insofern können sie lediglich als zwei weitere Indikatoren für die Verankerung der Wahlnorm in der Wählerschaft betrachtet werden.

Im Interesse der Übersichtlichkeit wurde in Tabelle 2 – wie schon weiter oben – lediglich eine Dichotomisierung der Kohortenzugehörigkeit vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass bei allen drei Fragen nach der subjektiven Bedeutung von Wahlen der Bildungseffekt in der jüngeren Kohorte nicht ab-, sondern zugenommen hat. Dies lässt entsprechend der Annahmen von Nie et al. vermuten, dass die Wahlnorm ein Bestandteil des Demokratieverständnisses ist und für sie daher das absolute Bildungsmodell gilt, d.h. dass sie mit zunehmender Bildung zunimmt, und zwar

unabhängig vom allgemeinen Bildungsniveau. Andererseits sollte man auf der Basis dieser Theorie aber einen Anstieg der Wahlnorm erwarten, während diese faktisch in allen Bildungsgruppen zurückgegangen ist.

Tabelle 2: Befürwortung der Wahlnorm, Wahlbeteiligungsabsicht und tatsächliche Wahlbeteiligung nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit (Prozentwerte)

Kohorte	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	% Diff. Abi - HS	Gesamt
Befürwortung der Wahlnorm¹					
-1954	79.7	87.6	90.3	10.6	83.1
ab 1955	71.0	75.8	83.4	12.4	83.4
Wahlbeteiligungsabsicht²					
-1954	89.6	92.3	96.1	6.5	89.3
ab 1955	80.7	87.5	92.6	11.9	87.1
Tatsächliche Wahlbeteiligung³					
-1954	93.7	96.0	95.2	1.5	94.4
ab 1955	84.1	85.2	91.8	7.7	87.2

1 Frage: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.“ Antworten: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu.

2 Frage: „Bei der kommenden Bundestagswahl: Werden Sie da bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht zur Wahl gehen?“ Antworten: bestimmt, wahrscheinlich, vielleicht (Frage nur in den jeweiligen Vorwahlbefragungen enthalten).

3 Frage: „Wie war das eigentlich bei der letzten Bundestagswahl im Oktober 1994 (im Dezember 1990): Welche Partei haben Sie damals gewählt?“ Antworten: jede Nennung einer Partei; als Nichtwahl wurde nur die explizite Angabe „habe nicht gewählt“ gezählt; nicht berücksichtigt wurden die Antworten „weiß nicht“, „verweigert“, „nicht wahlberechtigt“ und „keine Angabe“.

Quelle: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1994-1998 (jeweils nur Vorwahlbefragung).

Die Ergebnisse deuten also auf eine gesamtgesellschaftliche Erosion der Wahlnorm hin. Dabei sind die Gesamtwerte für die Kohorten für alle drei Variablen insofern irreführend, als sie das tatsächliche Ausmaß des Rückgangs in der Wahlbereitschaft und der Wahlbeteiligung verschleiern. Der generationsbedingte Rückgang wurde nämlich durch die Bildungsexpansion weitgehend kompensiert und von daher ergibt sich im Aggregat eine weitgehende Stabilität. Ob hierfür Auswüchse des Parteienstaates verantwortlich sind, wie Rattinger/Krämer (1995) und Feist (1994) vermuten, oder ob es sich dabei um einen Normalisierungsprozess handelt (Hoffmann-Ja-

berg/Roth 1994), ist ohne zusätzliche Analysen nicht entscheidbar und soll an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden.

4. Politische Information, politische Protestbereitschaft und Organisationsmitgliedschaften

Im folgenden Abschnitt sollen nach dem politischen Interesse und der Befürwortung der Wahlnorm noch einige weitere Komponenten des politischen Engagements untersucht werden, nämlich das politische Informationsverhalten, die politische Protestbereitschaft sowie Mitgliedschaften in politischen Organisationen und Berufsverbänden. In Ermangelung geeigneter Längsschnittdaten wird dabei erneut im Querschnitt untersucht, welche Unterschiede sich zwischen den verschiedenen Kohorten und Bildungsgruppen feststellen lassen.

Hierbei ist zunächst zu berücksichtigen, dass Wertewandel und Bildungsexpansion in den letzten Jahrzehnten zu Veränderungen im politischen Partizipationsverhalten geführt haben. Die Autoren der Political Action-Studie (Barnes/Kaase et al. 1979) wiesen bereits in den siebziger Jahren darauf hin, dass neben die traditionellen, repräsentationsbezogenen Partizipationsformen wie Wählen und Mitarbeit in politischen Parteien neue, nicht-verfasste politische Partizipationsformen getreten sind, mit denen erstmals die Generation der Studentenbewegung versuchte, ihren politischen Anliegen Gehör zu verschaffen. Inzwischen haben zahlreiche Studien die zunehmende Popularität dieser neuen Partizipationsformen belegt (u.a. Dalton 1996: 62ff., Topf 1995), so dass deren Entwicklung über die Zeit hier nicht mehr im Einzelnen analysiert werden muss.

Aufgrund der Theorie von Nie et al. sollte für alle Komponenten des politischen Engagements das relative Bildungsmodell gelten, da es hierbei um die Einflussnahme auf den politischen Willensbildungsprozess geht. Die Autoren berücksichtigten in ihrem Index des politischen Engagements mehrere Komponenten (Nie et al. 1996: 20ff.). Neben der Beteiligung an Wahlen und dem politischen Interesse sind dies die Aufmerksamkeit, die politischen Vorgängen gewidmet wird (*political attentiveness*), politisches Wissen (Kenntnis des Namens des Wahlkreiskandidaten, Kenntnis der Mehrheitspartei im Kongress) sowie aufwendigere politische Partizipationsformen (aktive Teilnahme an Wahlkämpfen, Kontakte mit gewählten Amtsinhabern, Einnahme politischer Ämter). Für die USA fanden sie je nach Komponente unterschiedliche Verlaufsformen über die Zeit. Keine der Komponenten zeigte allerdings für den Zeitraum 1972 bis 1992 eine Zunahme. Die Wahlbereitschaft und das politische Wissen waren weitgehend konstant, während die Bereitschaft zu Wahlkampfspenden sowie die politische Aufmerksamkeit zurückgingen (Nie et al. 1996: 127).

Das politische Informationsverhalten ist unter den Faktoren des politischen Engagements vor allem deshalb interessant, weil ein hohes politisches Informationsniveau ähnlich wie das politische Interesse zwar einerseits ein Charakteristikum der-

jenigen Bürger ist, die politisch aktiv sind und ihre politischen Interessen durchsetzen wollen, so dass es statusabhängig ist und seine Entwicklung daher dem relativen Bildungsmodell entsprechen sollte. Andererseits ist es jedoch auch ein integraler Bestandteil des Demokratieverständnisses (Nie et al. 1996: 25f.)⁷.

Die Ergebnisse für das politische Informationsverhalten zeigen zunächst, dass der Anteil derjenigen, die sich über die Medien regelmäßig über politische Vorgänge informieren, seit den fünfziger Jahren enorm gestiegen ist. Hatten in der Almond/Verba-Studie lediglich 38% der Befragten eine entsprechende Frage bejaht (1963: 56), so geben in den neunziger Jahren drei Viertel der Befragten an, regelmäßig das politische Geschehen zu verfolgen. Hieran lässt sich die in der westdeutschen Bevölkerung gestiegene Bedeutung politischer Information ablesen, was dem zuvor konstatierten Anstieg des Interesses an politischen Fragen entspricht. Dieser Anstieg betraf ganz offensichtlich alle Generationen und war zudem bis in die achtziger Jahre unabhängig von der Bildungsexpansion.

Wie Tabelle 3 ausweist, ist die regelmäßige Information über politische Fragen in der älteren Generation der vor 1955 Geborenen weitgehend unabhängig vom Bildungsniveau. Bei den Jüngeren hingegen liegt nicht nur der Anteil derjenigen, die sich regelmäßig über das politische Geschehen informieren, um 20% niedriger, sondern es lässt sich auch ein deutlicher Bildungseffekt feststellen. Die Ergebnisse für diese Variable sind relativ ähnlich wie die für die Wahlbereitschaft. Die meisten Angehörigen der älteren Generation betrachten beides offensichtlich als Teil ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, während die entsprechenden Normen für die Jüngeren nicht mehr im selben Maße Gültigkeit haben. Die Erosion dieser Normen als generalisierte Verhaltenserwartungen erhöht bei den Jüngeren wiederum die Bedeutung des Bildungsniveaus für diese beiden Komponenten des politischen Engagements und damit auch die aus ungleichem Sozialkapital resultierende politische Ungleichheit (Kaase 1981)⁸.

Dagegen ist die politische Protestbereitschaft – gemessen über die Bereitschaft, zur Durchsetzung einer wichtigen Sache an einer genehmigten Demonstration teilzunehmen – in der jüngeren Generation wesentlich höher. Die Differenz zwischen den beiden Kohorten beträgt in allen drei Bildungsgruppen etwa zwanzig Prozent. Gleichzeitig ist aber auch die Differenz zwischen der niedrigsten und der höchsten Bildungsgruppe in beiden Kohorten vergleichbar hoch (vgl. hierzu auch Bürklin 1994: 30ff).

Eine vergleichbare Frage war in der Studie von Nie et al. nicht enthalten, vielmehr war dort nur nach traditionellen Partizipationsformen (Kontakte mit Politikern, Wahlkampfaktivitäten, politische Ämter, kommunalpolitische Aktivitäten) gefragt worden. Da sich gerade unter den hochgebildeten Angehörigen der jüngeren Generation direktdemokratische politische Partizipationsformen besonderer Beliebtheit erfreuen (Barnes/Kaase et al. 1979), werden jedoch das politische Partizipationspotenzial und die tatsächliche Partizipation unterschätzt, wenn man diese Erweiterung des Partizipationsrepertoires nicht berücksichtigt. Denn gerade in der jüngeren Generation gibt es viele Personen, die die traditionellen Partizipationsformen gering

schätzen und ausschließlich auf direktdemokratische (Protest-)Aktivitäten setzen (Kaase 1989b, Schneider 1995: 313ff.). Dieser Effekt ist in Tabelle 3 daran abzulesen, dass die Differenz zwischen beiden Generationen aufgrund des gestiegenen Bildungsniveaus im Aggregat größer ist als innerhalb jeder der Bildungsgruppen.

Tabelle 3: Politische Information, politische Protestbereitschaft und Mitgliedschaften (Prozentwerte pro Gruppe)

Kohorte	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	% Diff. Abi - HS	Gesamt
Regelmäßige Information über Politik¹					
-1954	82.2	88.2	91.8	3.0	85.2
ab 1955	57.2	68.5	68.4	11.2	64.9
Bereitschaft zur Teilnahme an einer genehmigten Demonstration²					
-1954	32.5	44.5	51.6	19.1	38.1
ab 1955	51.6	63.1	72.4	20.8	62.7
Mitgliedschaft in einer Partei oder einer Bürgerinitiative					
-1954	5.1	13.3	13.1	8.0	8.1
ab 1955	2.6	3.1	12.3	9.7	6.1
Mitgliedschaft in Gewerkschaft oder Berufsverband³					
- 1954	17.5	18.4	27.3	9.8	19.2
ab 1955	17.6	21.5	18.9	1.3	19.4

1 Regelmäßige Information über Politik an mindestens sechs Tagen die Woche durch Zeitungslektüre (Lokalzeitung oder überregionale Tageszeitung) oder politische Nachrichtensendungen im öffentlichen oder privaten Fernsehen.

2 Um in einer wichtigen Sache politisch Einfluss zu nehmen.

3 Nur über 25-Jährige.

Quelle: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland. 1994-1998.

Die Ausweitung der grundsätzlichen Befürwortung legaler Demonstrationen erfolgte schon vor den siebziger Jahren und ist seitdem relativ konstant geblieben⁹. Dagegen hat der Anteil derjenigen, die sich bereits selbst einmal an politischen Protestaktionen beteiligt haben, auch noch in diesem Zeitraum deutlich zugenommen (Gabriel 1997: 458). Da die Zusammenhänge zwischen Generationszugehörigkeit und Bildungsniveau für das tatsächliche Protestverhalten ähnlich sein dürften, lässt sich festhalten, dass sich für direktdemokratische Beteiligungsformen und politisches Protestverhalten der nach der Theorie von Nie et al. erwartete deflationierende

Effekt der Bildungsexpansion nicht nachweisen lässt. Dies deutet darauf hin, dass wir es hier mit einer säkularen Veränderung im Demokratieverständnis zu tun haben, die in engem Zusammenhang mit der Bildungsexpansion steht, und dass zur Erklärung der Veränderungen im Demokratieverständnis eher das absolute als das relative Bildungsmodell in Betracht kommt.

Die Mitgliedschaft in politischen Organisationen (Parteien, Bürgerinitiativen) war dagegen schon immer auf eine kleine Minderheit beschränkt. Daher ist zu erwarten, dass sich bei ihr der deflationierende Effekt der Bildungsexpansion besonders deutlich zeigt. Dies ist allerdings nur bedingt der Fall. Denn in der höchsten Bildungsgruppe ist der Anteil der Mitglieder politischer Organisationen in beiden Generationen fast gleich, während er sich bei den Befragten mit Mittlerer Reife in der jüngeren Generation dem der niedrigsten Bildungsgruppe angeglichen hat. Zudem ist die Mitgliedschaft in den beiden niedrigeren Bildungsgruppen in der jüngeren Generation stark gesunken. Daran ändert sich auch nur wenig, wenn man berücksichtigt, dass der Beitritt zu politischen Organisationen meist erst erfolgt, wenn die Phase der Berufsfindung abgeschlossen ist, und die Analyse auf die über 30-Jährigen beschränkt. Insofern betrifft der deflationierende Effekt der Bildungsexpansion für diese Variable also ausschließlich die mittleren Bildungsabschlüsse. Im Aggregat führt dies zu einem geringeren Anteilswert in der jüngeren Generation, da die Zunahme des Anteils der Befragten mit Abitur die starke Abnahme der Mitgliedschaftsquoten in den beiden anderen Bildungsgruppen nicht kompensieren kann.

Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften bzw. Berufsverbänden ist zunächst in beiden Generationen gleich hoch¹⁰. Bemerkenswert ist hier vor allem, dass der Anteilswert bei den Befragten mit Abitur in der jüngeren Gruppe um fast zehn Prozentpunkte niedriger liegt als in der älteren. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in der älteren Generation Befragte mit Abitur einen wesentlich höheren Anteil von Mitgliedern aufweisen als diejenigen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. In der jüngeren Generation existiert dagegen kein entsprechender Effekt des Bildungsniveaus mehr. Dies deutet darauf hin, dass das Abitur in seiner Bedeutung tendenziell entwertet wurde und bestätigt insofern die Theorie von Nie et al.

5. Schlussbemerkung

Nie et al. haben mit ihrem Buch einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der komplexen Zusammenhänge zwischen Bildungsexpansion und politischer Kultur geleistet. Ihre Argumente für unterschiedliche Auswirkungen der Bildungsexpansion je nachdem, ob es sich um rein kognitive Aspekte des Demokratieverständnisses oder aber um politisches Engagement handelt, liefern eine plausible Erklärung dafür, dass die Befürwortung demokratischer Prinzipien in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, während gleichzeitig das politische Interesse und die Mitarbeit in politischen Parteien konstant geblieben sind, obwohl beide Komponenten der politischen Kultur auf individueller Ebene eng mit dem formalen Bildungsniveau

zusammenhängen. Der vorliegende Beitrag hat sich auf die Analyse des politischen Interesses und Engagements beschränkt, da die Theorie gerade im Hinblick hierauf neu ist und ein in der empirischen Forschung vielfach konstatiertes Paradox erklären kann, nämlich dass die Bildungsexpansion nicht zu der erwarteten Zunahme im politischen Engagement geführt hat.

Die Analysen zeigen, dass sich einige der von den Autoren postulierten Effekte auch für Deutschland nachweisen lassen. Die Theorie kann plausibel erklären, warum die Bildungsexpansion zu keiner vergleichbaren Zunahme im politischen Interesse und in den Mitgliederzahlen von Parteien und Berufsverbänden in der jüngeren Generation geführt hat. Auch wenn Nie et al. sich nicht explizit damit befassen haben, entsprechen auch die gestiegene politische Protestbereitschaft und zunehmende Forderungen nach mehr direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ihren theoretischen Annahmen. Offensichtlich betreffen diese in erster Linie kognitive Aspekte des Demokratieverständnisses. Zudem kann die Theorie mit der darüber hinausgehenden Annahme, dass das ‚demokratischere‘ gesellschaftliche Umfeld einen Verstärkungseffekt hat, der über den reinen Bildungseffekt hinausgeht, auch erklären, warum diese Dispositionen auch bei Personen mit niedrigerem formalem Bildungsniveau zugenommen haben.

Andererseits beschränkt sich die Theorie von Nie et al. auf Annahmen über Generationeneffekte, die durch die Bildungsexpansion bedingt sind. Daher ist sie nicht in der Lage, von der Bildungsexpansion unabhängige Entwicklungen zu erklären. Hierzu gehören insbesondere Entwicklungen, die man gemeinhin mit dem Begriff der *Politikverdrossenheit* assoziiert, nämlich die Erosion der Wahlnorm, der Rückgang des Vertrauens in gesellschaftliche und politische Institutionen sowie die Abnahme der sog. *externen politischen Effektivität*, d.h. des Glaubens an die Responsivität der Politik(er) (Hoffmann-Lange 1999). Diese sind zwar in der jüngeren Generation besonders ausgeprägt, jedoch keineswegs auf diese beschränkt. Es handelt sich dabei um säkulare Entwicklungen, die alle Alters- und Bildungsgruppen betreffen. Sie deuten auf Veränderungen im Demokratieverständnis hin, für die andere theoretische Erklärungen gefunden werden müssen.

Leider stützten sich die vorgestellten Analysen nur teilweise auf echte Zeitreihendaten, während für die meisten untersuchten Variablen auf Querschnittsdaten zurückgegriffen wurde, wobei der Generationenvergleich hilfsweise zur Bestimmung des Effekts der Bildungsexpansion verwendet wurde. Es liegt auf der Hand, dass zur Trennung von Generations-, Lebenszyklus- und Periodeneffekten Längsschnittanalysen erforderlich wären. Außerdem hat sich der Beitrag auf eine exemplarische Analyse ausgewählter Indikatoren beschränkt und kann nicht beanspruchen, die Entwicklungen im politischen Engagement umfassend untersucht, geschweige denn erklärt zu haben. Insofern stellt er lediglich erst einen ersten Schritt dar, dem weitere folgen müssen.

Anmerkungen

- 1 Indikatoren: Interesse an lokaler und nationaler Politik, Häufigkeit politischer Gespräche, Lektüre des politischen Teils der Zeitung.
- 2 Die Autoren weisen darauf hin, dass die Bedeutung von Bildung als Allokationsmechanismus für sozialen Status mit der Bildungsexpansion eher noch zugenommen hat (vgl. Nie et al. 1996: 187ff.). Vgl. hierzu auch den Beitrag von Müller in diesem Band.
- 3 Der kumulierte Datensatz enthält eine Gesamtfallzahl von 4.263 für die alten Bundesländer.
- 4 Diese Frage war nur in der jeweiligen Vorwahlumfrage enthalten, so dass die Fallzahl hierfür nur etwa die Hälfte der insgesamt Befragten beträgt (n=2124).
- 5 Da die Zahl der bis 1919 Geborenen in der Umfrage nur 175 Befragte umfasste und diese Kohorte sich daher nicht mehr nach Bildungsgruppen unterteilen ließ, wurden für die Analyse alle bis 1929 Geborenen zusammengefasst.
- 6 Die größte Differenz im politischen Interesse findet sich allerdings nicht zwischen der jüngsten und der ältesten Kohorte, sondern zwischen der jüngsten und den zwischen 1940 und 1949 Geborenen, von denen ganze 32,0% ein (sehr) starkes politisches Interesse aufweisen (Differenz 10,3%).
- 7 Für die Zugehörigkeit zum Demokratieverständnis sprechen auch die Überlegungen von Almond/Verba (1963: 55ff.), die es als kognitive Komponente bürgerschaftlichen Engagements betrachteten und in der westdeutschen Bevölkerung ein im internationalen Vergleich hohes Ausmaß an Informiertheit über politische Fragen fanden.
- 8 Die gefundenen Generationsunterschiede sind übrigens weitgehend unabhängig davon, ob die politische Sozialisationsphase der Angehörigen der jüngeren Generation zum Zeitpunkt der Befragung bereits abgeschlossen war oder nicht. Denn auch wenn man nur die Befragten über 25 Jahren berücksichtigt, steigt der Anteil derjenigen, die sich regelmäßig über das politische Geschehen informieren, lediglich von 64,9% auf 68,4% und liegt damit immer noch fast 17% unter dem in der Generation der vor 1955 Geborenen.
- 9 Leider fehlen für den davor liegenden Zeitraum geeignete Daten, da die empirische Erforschung der Erweiterung des politischen Partizipationspotenzials erst mit der Political Action-Studie einsetzte.
- 10 In der Umfrage von 1994 waren beide Verbandstypen gemeinsam, in der von 1998 dagegen getrennt erfragt worden. Da es im vorliegenden Zusammenhang vor allem um die Frage geht, inwieweit die Bürger Verbänden beitreten, um so ihre Anliegen besser durchsetzen zu können, wurden die Antworten der 1998er Umfrage ebenfalls entsprechend zusammengefasst. In der jüngeren Generation wurden dabei nur die über 25-Jährigen berücksichtigt, da davon ausgegangen werden kann, dass der Beitritt zu berufsbezogenen Verbänden in der Regel erst nach dem Eintritt ins Berufsleben erfolgt.

Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press (hier zitiert nach dem Neudruck von 1989, Newsbury Park: Sage Publications).
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max et al. (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills/London: Sage Publications.
- Bürklin, Wilhelm (1994): Verändertes Wahlverhalten und der Wandel der politischen Kultur. In: Bürklin, Wilhelm/Roth, Dieter (Hrsg.): *Das Superwahljahr*. Köln: Bund-Verlag, S.27-53.
- Dalton, Russell J. (1996): *Citizen Politics*. Chatham: Chatham House (2. Auflage).
- Feist, Ursula (1994): *Die Macht der Nichtwähler*. München: Knaur.
- Gabriel, Oscar W. (1997): Bürger und Politik in Deutschland. In: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg, S. 379-497.
- Hirschman, Albert O. (1982): *Shifting Involvements: Private Interest and Public Action*. Princeton: Princeton University Press.
- Hoffmann-Jaberg, Birgit/Roth, Dieter (1994): Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien? In: Bürklin, Wilhelm/Roth, Dieter (Hrsg.): *Das Superwahljahr*. Köln: Bund-Verlag, S. 132-159.

- Hoffmann-Lange, Ursula (1998): Jugend zwischen Teilnahmereitschaft und Politikverdrossenheit. In: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik. Neuwied: Luchterhand (2. Aufl.), S. 178-205.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1999): Trends in der politischen Kultur Deutschlands: Sind Organisationsmüdigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus typisch für die deutsche Jugend? In: Gegenwartskunde, 48, S. 365-390.
- Hofmann-Göttig (1984): Die jungen Wähler. Frankfurt: Campus.
- Hofmann-Göttig (1996): Die „Kleine Bundestagswahl vom 24. März 1996“. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Mainz/Bonn.
- Kaase, Max (1981): Politische Beteiligung und politische Ungleichheit. Betrachtungen zu einem Paradoxon. In: Albertin, Lothar/Link, Werner (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Düsseldorf: Droste, S. 363-377.
- Kaase, Max (1984): The Challenge of the „Participatory Revolution“ in Pluralist Democracies. In: International Political Science Review, 5, S. 299-318.
- Kaase, Max (1989a): Politische Einstellungen der Jugend. In: Markewska, Manfred/Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band 2. Neuwied: Luchterhand, S. 607-624.
- Kaase, Max (1989b): Mass Participation. In: Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W.: Continuities in Political Action. Berlin/New York: de Gruyter, S. 23-64.
- Nie, Norman H./Junn, Jane/Stehlik-Barry, Kenneth (1996): Education and Democratic Citizenship in America. Chicago: University of Chicago Press.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hrsg.) (1997): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997. München: Saur.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Piel, Edgar (1983): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983. München: Saur.
- Rattinger, Hans/Krämer, Jürgen (1995): Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift, 36, S. 267-285.
- Schneider, Helmut (1995): Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 275-335.
- Topf, Richard (1995): Beyond Electoral Participation. In: Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter (Hrsg.): Citizens and the State. Oxford: Oxford University Press, S. 52-91.

Verwendete Datensätze:

- Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 1980-1992): Kumulierter Datensatz, ZA-Nummer 1795.
- Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 1991-1996): Kumulierter Datensatz, ZA-Nummer 2800.
- Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 1998), ZA-Nummer 3000.
- Allerbeck, Klaus et al. (1974): Political Action, ZA-Nummer 0757.
- Falter, Jürgen W. et al. (1994-1998): Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wahlverhalten im vereinigten Deutschland, ZA-Nummer 3064.
- Kaase, Max et al. 1969): Wahlstudie 1969, ZA-Nummer 0525.
- ZUMA-Standarddemographie: Kumulierter Datensatz (verschiedene zwischen 1976-1982 durchgeführte Umfragen), ZA-Nummer 1233.